

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am
23.09.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:40 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Herr Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Herr André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Herr Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Frau Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	bis 19:36 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	bis 19:30 Uhr
Herr Gottfried Koehn	SPD-Fraktion	
Herr Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Lothar Dieringer	Sachkundiger Einwohner	
Herr Dirk Gernhardt	Sachkundiger Einwohner	bis 19:30 Uhr
Frau Susanne Krohn	Sachkundige Einwohnerin	
Herr Mark Lange	Sachkundiger Einwohner	
Herr Igor Matviyets	Sachkundiger Einwohner	
Herr Frank Rösler	Sachkundiger Einwohner	

Entschuldigt fehlen:

Herr René Trömel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI
Herr Kay Senius	SPD-Fraktion
Herr Helmut-Ernst Kaßner	Stadtrat
Herr Steffen Ahrens	Sachkundiger Einwohner
Herr Martin Bauersfeld	Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Häder, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete die 1. Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Häder, Vorsitzender des Ausschusses, informierte über das Vorliegen einer Dringlichkeitsvorlage:

- 4.3. Mitgliedschaft im Verein „Europäische Metropolregion Mitteldeutschland“
Vorlage: VI/2014/00071

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand begründete die Dringlichkeit damit, dass parallel dazu in den anderen Gebietskörperschaften die Verträge gemeinsam beraten werden und der Text nahezu identisch sei. Aus diesem Grund sei es sinnvoll, die Vorlage schon in den nächsten Stadtrat einzubringen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Häder** bat um Abstimmung zur Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit einstimmig zugestimmt
Vorlage: VI/2014/00071

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt 4.3 behandelt.

Weiterhin wies **Herr Häder** darauf hin, dass zum Tagesordnungspunkt

- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. - Halle (Saale) wird Fairtrade-Stadt
Vorlage: V/2014/12794

eine geänderte Fassung vorliege.

Es gab keine weiteren Änderungen und Ergänzungen und **Herr Häder** bat um Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung

3. Genehmigung der Niederschrift vom 27.05.2014
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1 Bestellung einer Protokollführerin
Vorlage: VI/2014/00063
 - 4.2 Benennung der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
 - 4.3 Mitgliedschaft im Verein „Europäische Metropolregion Mitteldeutschland“
Vorlage: VI/2014/00071
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. - Halle (Saale) wird Fairtrade-Stadt
Vorlage: V/2014/12794
 - 5.1.1 *Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. - Halle (Saale) wird Fairtrade-Stadt (V/2014/12794)*
Vorlage: V/2014/12865 *erledigt*
 - 5.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) in das Dual Career Netzwerk Mitteldeutschland
Vorlage: V/2014/12801
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Breitbandausbau in Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12800
7. Beantwortung von mündlichen Anfragen
8. Mitteilungen
 - 8.1 Vorschlag zur Stärkung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 27.05.2014

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung vom 27.05.2014.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

**zu 4.3 Mitgliedschaft im Verein „Europäische Metropolregion Mitteldeutschland“
Vorlage: VI/2014/00071**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete, dass die Bedeutung Mitteldeutschland in den vergangenen Jahren weiter gestiegen sei und es unterschiedliche Ausgangssituationen in den einzelnen Kommunen gab. In mehreren Gremien habe man sich mit Mitteldeutschland beschäftigt. Die Wirtschaftsinitiative und die Metropolregion wurden in einer Vereinigung zusammen geführt, die sich jetzt als Europäische Metropolregion Mitteldeutschland bezeichnet.

Politik und Wirtschaft kämpfen gemeinsam für die Region. Dadurch könne erreicht werden, dass Kapital in die Region hineinfließt, um entsprechende Projekte angehen zu können.

Es sei ein gemeinsamer Schritt mit vielen unterschiedlichen Gebietskörperschaften, die durch Herrn Tobaben von der Metropolregion Mitteldeutschland Management GmbH vorgestellt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Rederecht für Herrn Tobaben, was durch Abstimmung der Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Herr Tobaben stellte anhand einer Präsentation den Verein „Europäische Metropolregion Mitteldeutschland“ vor.

Er informierte darüber, dass es zurzeit in Deutschland elf Metropolregionen gäbe. In diesem Jahr habe man erreicht, aus zwei Organisationen eine zu machen und aus diesem Grund wolle er die Mitgliedschaft in der neuen Vereinigung vorstellen und zur Abstimmung stellen.

Im Rahmen der Fusion der beiden Organisationen wurden die Landkreise, welche ursprünglich nicht in der Metropolregion vertreten waren, mit einbezogen.

Ein Teil, der sich jetzt vereinigt hat, ist die Wirtschaftsinitiative, welche seit April 2000 in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins aufgestellt ist und seit dieser Zeit ihren Sitz in der Stadt Halle hat. Sie bedient sich zur Umsetzung ihrer Geschäfte einer GmbH mit Sitz in Leipzig. Dort ist auch die Geschäftsstelle angesiedelt.

Seit wenigen Monaten können nicht nur Unternehmen, sondern auch Hochschulforschungseinrichtungen bei den Städten, Mittelzentren und Landkreisen Mitglied werden.

Herr Tobaben verwies weiter darauf, dass die Stadt durch den Zusammenschluss Kosteneinsparungen verzeichnen könne. Die Stadt war Mitglied in beiden Organisationen und habe dadurch in den vergangenen Jahren der Wirtschaftsinitiative 30.000 Euro pro Jahr gezahlt und der alten Metropolregion 33.000 Euro pro Jahr.

Mit dem Zusammenschluss zahle die Stadt nach der neuen Beitragsordnung nur noch 33.000 Euro.

Zum derzeitigen Sachstand teilte **Herr Tobaben** mit, dass die Fusion und die Satzungsänderung vollzogen seien. Dies gelte sowohl für den Verein als auch für die GmbH.

Es deute sich auch an, dass die Gebietskörperschaften in großer Zahl in der Kernregion Mitteldeutschland dem Verein beitreten.

Herr Tobaben machte darauf aufmerksam, dass die Stadt Halle in besonderem Maße von der Vereinigung profitiert. Man habe 45 Mio. Euro Fördermittel bekommen, die für Unternehmen aus dem südlichen Sachsen-Anhalt eingesetzt werden.

Zum IQ-Innovationspreis Mitteldeutschland führte er aus, dass diese Aktivität zu 100 Prozent privat finanziert sei und auch Hallenser in den letzten Jahren dabei gut abgeschnitten hätten.

Des Weiteren merkte **Herr Tobaben** an, dass es in diesem Jahr erstmalig gelungen sei, unter dem Banner Metropolregion Mitteldeutschland die Region auf der Expo in München zu präsentieren.

Der Kernraum der Metropolregion liege im Wirtschaftsraum Halle und Leipzig. Und es gäbe jetzt die glückliche Situation, dass der derzeitige 1.Vorsitzende der Metropolregion, Herr Markus Kopp, auch Vorsitzender der Geschäftsführung der Mitteldeutschen Airport Holding auf dem Flughafen Leipzig/Halle ist. Und da in Leipzig die Gewerbeflächen knapp sind, müsse man sich in Richtung Halle, entlang der A 14, ausrichten.

Seit wenigen Tagen ist ein Gewerbeflächen- und Industrieflächentool online. Erstmals sei es gelungen, auf der Homepage Mitteldeutschland.com eine Übersicht von Gewerbe- und Industrieflächen aus ganz Mitteldeutschland darzustellen.

Mit der Absolventenmesse Mitteldeutschland wurde ein eigenes Messekonzept etabliert und bereits dreimal selbst durchgeführt mit wachsendem Erfolg, aber man stieß auch an Kapazitätsgrenzen. Das Budget hierfür betrug rund 800.000 Euro und kam zur Hälfte aus der Wirtschaft und zur anderen Hälfte aus der Politik.

Das Messekonzept wurde an die Leipziger Messe, die selbst Mitglied bei der Metropolregion ist, verkauft, und wird weiterhin durch die Metropolregion finanziell unterstützt.

Laut Ausführungen von **Herrn Tobaben** liegen die nächsten Schritte der Metropolregion in der Einbindung der Städte und Landkreise und der Einbindung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Im neuen Logo stehe jetzt die Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur im Fokus.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass auch die Stadt Halle momentan innerhalb der Stadt mit den Merkmalen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur werbe. Aus diesem Grund begrüße er die Vermarktung der Punkte durch die Metropolregion.

Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, frage nach, wie die Stadträte in dem ganzen Konstrukt mitwirken können.

Dazu verwies **Herr Tobaben** auf die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Wissenschaft, in welcher Vertreter der Stadt Halle Mitglied sind. Ein Projekt der Arbeitsgruppe sei die Expo Real. Dabei habe man sich überlegt, mit den Standorten Leipzig und Halle im Kern sowie die Stadt Dessau einen gemeinsamen Messestand aufzustellen.

Vertreter der Stadt Halle in der Arbeitsgruppe ist zum Projekt Expo Real Frau Cech vom Dienstleistungszentrum Wirtschaft. Je nach Aufgabe und Projekt sei die personelle Vertretung unterschiedlich und austauschbar.

Herr Peinhardt machte darauf aufmerksam, dass in der Vergangenheit ein Feedback bezüglich der Projektfortschritte gefehlt habe, dies aber erforderlich sei, um zu wissen, wofür die Stadt ihren Beitrag zahlt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte dem zu. Im Moment befinde man sich im Aufbau der einzelnen Projekte. Er regte an, einen regelmäßigen Tagesordnungspunkt zu diesem Thema einzuführen, um über die verschiedenen Projekte zu informieren.

Herr Tobaben stimmte dem Vorschlag von Herrn Peinhardt zur Teilnahme interessierter Stadträte an den Sitzungen des Vereins „Europäische Metropolregion Mitteldeutschland e. V.“ zu.

Herr Cierpinski, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, fragte nach, ob es in Bezug auf die Strukturen in Richtung Bundesländer noch andere Überlegungen zur Einbeziehung gäbe.

Dazu teilte **Herr Tobaben** mit, dass die Länder in einem sogenannten Unterstützerstatus stehen und avisiert hätten, auf Basis eines Sponsoringvertrages jeweils einen Betrag von 20.000 Euro zu zahlen. Sie wollen kein ordentliches Mitglied werden, aber die Aktivitäten mit separaten Kooperationsverträgen zu bestimmten Projekten unterstützen.

Auch in den anderen Metropolregionen seien die Bundesländer nicht Mitglied und hätten den Unterstützerstatus selbst gewählt.

Frau Krohn, sachkundige Einwohnerin, fragte an, weshalb jetzt über den Beitritt in einen Verein entschieden werden soll, wo die Stadt bereits Mitglied war/ist.

In diesem Zusammenhang verwies **Herr Tobaben** auf die alten Strukturen von 2013. In der alten Wirtschaftsinitiative hatte die Stadt Leipzig vor vielen Jahren einen Sponsoringvertrag abgeschlossen, der dann auch den Rechtsgrund begründete. Halle war dabei kein ordentliches Mitglied und hatte kein Stimmrecht.

In der alten Metropolregion gab es keine Satzung, denn es war ein lockerer Verbund der Oberbürgermeister. Diese hatten sich dazu verständigt, nach einem bestimmten Schlüssel Geld in einen Topf einzuzahlen.

Bei dem Zusammenschluss Verein „Europäische Metropolregion Mitteldeutschland“, der formal auf Ebene der alten Wirtschaftsinitiative erfolgt, wird die Stadt jetzt vollwertiges Mitglied.

Alle Mitglieder hätten das gleiche Stimmrecht. Es gäbe zwar eine unterschiedliche Beitragshöhe aber das gleiche Stimmrecht. Deshalb wolle man die Zustimmung des Stadtrates erbitten. Formal trete die Stadt als ordentliches Vollmitglied dem Verein neu bei.

Durch den neuen Beitritt erlöschen die beiden alten Verpflichtungen. Und es kann jedes Jahr neu im Stadtrat entschieden werden, ob das Geld gezahlt werden soll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte noch einmal deutlich, dass es in der Vergangenheit zwei Strukturen gab. In der Zuordnung wurde jetzt aus zwei Gruppierungen ein Verein gebildet und mit dem Beitritt der Stadt erkläre man die Anerkennung dieser Struktur.

Herr Häder, Vorsitzender des Ausschusses, fragte, wie der Vorstand und der Aufsichtsrat besetzt seien und ob vorgesehen ist, eine Neuwahl bzw. Bestellung durchzuführen, wenn die Aufnahme der Gebietskörperschaften abgeschlossen ist.

Dazu wurde von **Herrn Tobaben** mitgeteilt, dass man sich dazu entschieden habe, den neuen Vorstand mit acht Mitgliedern zu besetzen. Der Vorstand soll paritätisch besetzt werden, zu einer Hälfte von Unternehmen und zur anderen Hälfte von den Gebietskörperschaften

Im Ergebnis einer juristischen Prüfung wurde festgestellt, dass der alte Vorstand solange fortbesteht, bis eine hinreichende Zahl von Gebietskörperschaften dem Verein beigetreten ist, um dann einen neuen Vorstand zu wählen.

Momentan deutet es sich an, dass die Mitgliedsbeitritte bis Ende des 1. Quartals des nächsten Jahres erfolgen. Dann würde ein neuer Vorstand gewählt werden.

Der jetzige Vorstand hat sechs Vorstandsmitglieder und besteht aus Unternehmensvertretern aus der Region.

Herr Bartl, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, fragte nach, wie sich der Übergang der beiden Organisationen in den Verein bezüglich der Finanzierung vollzogen hat.

Herr Tobaben teilte mit, dass bei der alten Metropolregion immer die Stadt mit der jeweiligen Geschäftsstelle ein treuhänderisches Konto führte. Zuletzt sei es demnach die Stadt Leipzig gewesen. Die beiden Institutionen hatten jeweils Rücklagen in der Größenordnung von 300.000 Euro. Das Konto der alten Metropolregion wurde mit Vereinsgründung an den Verein übertragen und es wurde festgelegt, dass alle beteiligten Oberzentren zukünftig nur noch ca. die Hälfte des bisher für beide Vereinigungen geleisteten Beitrag zahlen. Dies bedeute zwar, dass 120.000 Euro fehlen, aber es bedeute für alle Gebietskörperschaften, die schon Mitglied waren, eine Kostenreduzierung um 50 Prozent. Durch Rücklagen werde dann der Ausgleich geschaffen.

Frau Krohn, sachkundige Einwohnerin, informierte darüber, dass es Austritte aus der alten Metropolregion gegeben habe und fragte nach den Gründen dafür.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass die Austritte mit der damaligen Zuordnung kritisch gesehen wurden. Es gab sehr viele Gremien und wenig konkrete Ergebnisse. Aus diesem Grund hätten sich einige Städte aus dem Verbund verabschiedet.

Zurzeit gäbe es jedoch den Trend zum Beitritt in die Metropolregion und es müsse nun mit einheitlichen Projekten gearbeitet werden.

Bezüglich der Austritte merkt **Herr Tobaben** an, dass die Städte Magdeburg und Dresden Ende des letzten Jahres aus dem alten Konstrukt der Metropolregion ausgetreten sind.

Auf die Nachfrage von **Herrn Peinhardt**, ob die Stadt für 2014 für die Metropolregion und die Wirtschaftsinitiative schon einen Beitrag gezahlt hätte, verwies **Herr Tobaben** auf ein Übergangsjahr. Die Beitragszahlung für 2014 wurde ausgesetzt, bis eine Entscheidung des Stadtrates vorliege.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Häder** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Die Satzung und die Beitragsordnung des Vereins „Europäische Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ werden zur Kenntnis genommen.
2. Dem Beitritt in den Verein „Europäische Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ wird zugestimmt.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. - Halle (Saale) wird Fairtrade-Stadt

Herr Häder, Vorsitzender des Ausschusses, informierte darüber, dass für zwei Vertreter der Kampagne „Fairtrade-Towns“, Herrn Kruse und Herrn Giese-Rehm, Rederecht erteilt werden soll. Dem wurde zugestimmt.

Herr Aldag, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, führte kurz in die Thematik des Antrages ein. Die Stadt sollte beispielhaft vorangehen und ein Signal setzen für andere Institutionen.

Herr Giese-Rehm stellte sich als Vorsitzender des Netzwerkes in Sachsen-Anhalt vor und informierte darüber, dass schon im Mai des letzten Jahres die Idee an den Oberbürgermeister herangetragen wurde.

Der Prozess soll in der Öffentlichkeit, in der Bevölkerung und bei Unternehmen Bewusstsein für gerechten Welthandel schaffen.

In diesem Zusammenhang verwies er auf die Webseite des Netzwerkes mit einer Liste von Geschäften und Unternehmen, die diese Fairtrade-Produkte anbieten bzw. verwenden.

Im Prozess wolle man deutlich machen, wo steht Halle und dahin kommen, über Bildungsprozesse und Öffentlichkeitsarbeit Kenntnisse und Handlungsoptionen für Fairtrade-Handel aufzuzeigen und verfügbar zu machen.

Herr Giese-Rehm machte deutlich, dass es im zweiten Schritt des Prozesses auch um Wirtschaftsförderung gehe. In den letzten 20 Jahren gäbe es fast durchgängig im zweistelligen Prozentbereich steigende Wirtschaftsleistungen von Fairtrade-Produkten im Absatz. Dabei gehe es nicht nur um Lebensmittel, sondern auch um Textilien und fast alle Mittel des täglichen Bedarfs. Allein im letzten Jahr sei der Absatz von Fairtrade-Produkten um 23 % gestiegen.

In der Stadt Halle sollen die Aktivitäten fokussiert werden und der Stadtratsbeschluss stelle dazu einen entscheidenden Punkt dar. Ohne einen Stadtratsbeschluss sei es nicht möglich, bei Fairtrade-Deutschland einen Antrag zur Verleihung des Titels „Fairtrade-Stadt“ zu stellen.

Herr Kruse informierte darüber, dass man nicht nur die Verleihung des Titels zum Ziel habe, sondern auch das Ziel, den fairen Handel voran zu bringen. Aus diesem Grund habe man den Kaffee entwickelt, der das Zeichen der Stadt Halle trägt. Von Einzelhandelsunternehmen habe es auch schon Anfragen zur Verteilung dazu gegeben.

Er berichtete über die Herstellung und Röstung des Kaffees, welcher als Imageprodukt der Stadt funktionieren sollte.

Herr Bartl, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, bat um Auskunft darüber, ob die Produzenten der Fairtrade-Produkte in den jeweiligen Ländern auch fair bezahlt werden.

Herr Giese-Rehm verwies darauf, dass man keine hundertprozentige Garantie dafür geben könnte und man, wie bei anderen Produkten auch, darauf vertrauen sollte.

Herr Dieringer, sachkundiger Einwohner, fragte nach den Strukturen des Netzwerkes und wie groß die Gesellschaft weltweit sei bzw. welche finanziellen Auswirkungen es für die Stadt Halle hätte.

Laut der Aussage von **Herrn Giese-Rehm** wurde Fairtrade Deutschland vor 35 Jahren von vielen gesellschaftlichen Gruppen gegründet und arbeitet in Deutschland an der Verbreitung und Siegelung der Produkte.

Darunter gebe es ein Netzwerk, welches sich darum kümmert, Handelswege zu zertifizieren.

Ebenfalls gäbe es Organisationen, die in den Herstellungsländern Kontrollen bei der Produkterstellung durchführen.

Die Größenordnung an Organisationen belaufen sind ca. auf 30 bis 50.

Bezüglich der weiteren Anfrage von Herrn Dieringer teilte Herr Giese-Rehm mit, dass die Stadt mit dem Beschluss eine Willenserklärung abgebe, dass der Prozess in der Stadt laufen soll. Dies sei auch deshalb wichtig, da keine Initiative, sondern die Stadt Halle den Titel verliehen bekommen würde. Bisher seien keine finanziellen Verpflichtungen damit verbunden.

Mit dem Beschluss soll am Ende die Stadt die Verpflichtung eingehen, zum Beispiel bei ihren Veranstaltungen fair gehandelten Kaffee, Tee etc. zu verwenden.

Herr Häder fragte bei der Verwaltung nach den Kriterien für die Umsetzung des Beschlusses.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte deutlich, dass es sich erst einmal um einen Auftrag an die Verwaltung handeln, Überlegungen anzustellen, wie der Beschluss entsprechend umgesetzt werden kann. Im Änderungsantrag werde auf entsprechende Treffen mit lokalen Steuerungsgruppen verwiesen, was durch die Verwaltung vorbereitet wird. Ebenso soll auf der Homepage der Stadt auf Fairtrade hingewiesen eine Seite für Fairtrade zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus sei denkbar, einzelnen Unternehmen zum Beispiel bei den Kontrollbesuchen im Hinblick auf Gaststättenrecht oder ähnlichem, Informationen bezüglich Fairtrade zu geben.

Auch sei vorgesehen, dass der Grundsatzreferent des Oberbürgermeisters den Prozess begleitet und Unterstützung bei der Umsetzung gibt und als Ansprechpartner der Verwaltung zur Verfügung steht.

Herr Häder, Vorsitzender des Ausschusses, machte darauf aufmerksam, dass es wichtiger wäre, dafür zu sorgen, dass letztlich auch die Veredelung der Produkte in den Herkunftsländern erfolgt, weil die Gewinne damit gemacht werden. Dafür halte er eine Unterstützung für sinnvoller.

Bezüglich des Änderungsantrages informierte Herr Häder, dass dieser erledigt sei, da der Änderungen vom Antragsteller übernommen worden sind.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und Herr Häder bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der internationalen Kampagne „Fairtrade-Towns“ und strebt den in Deutschland von TransFair e.V. verliehenen Titel „Fairtrade-Stadt“ an. ~~Gleichzeitig verpflichtet sich die Stadt, die zur Erlangung des Titels erforderlichen Kriterien zu erfüllen und sich mit mindestens einer Vertreterin/ einem Vertreter der Stadt an den regelmäßigen Treffen der koordinierenden lokalen Steuerungsgruppe zu beteiligen. Über die Aktivitäten auf dem Weg zur Fairtrade-Stadt wird entsprechend regelmäßig auf der städtischen Homepage informiert. Die Verwaltung wird beauftragt die~~

~~finanziellen Auswirkungen der Erlangung des Titels „Fairtrade-Stadt“ für die Stadt zu ermitteln.~~

**zu 5.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) in das Dual Career Netzwerk Mitteldeutschland
Vorlage: V/2014/12801**

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, begründete den Antrag mit dem Beitritt der Stadt Halle zum Dual Career Netzwerk damit, um Absolventen der Universität Halle in der Region zu halten und den ansässigen Firmen Fachkräftemangel zu ersparen.

Auf die Frage von Herrn Häder, Vorsitzender des Ausschusses, nach den Kosten des Beitritts, teilte **Frau Dr Sachse, amt. Fachbereichsleiterin Wissenschaft**, mit, dass mit dem Beitritt der Stadt im Netzwerk keine Kosten verbunden seien. Auch biete der Fachbereich Wissenschaft den Absolventen jetzt schon Unterstützung an.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadt Halle (Saale) und ihre kommunalen Unternehmen werden Mitglied im Dual Career Netzwerk Mitteldeutschland und unterstützen damit die Hochschulen des Netzwerks, insbesondere die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) im Wettbewerb um neue Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Breitbandausbau in Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12800**

Herr Jaeger, Referent GB V, teilte mit, dass die schriftliche Beantwortung der Verwaltung in der letzten Wirtschaftsausschusssitzung im Mai verteilt wurde.

Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, bat um eine weitere Besprechung der Anfrage in der nächsten Ausschusssitzung. In diesem Zusammenhang regte er an, Herrn Struhkamp aus der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt einzuladen, welcher dort das Thema betreut.

Herr Häder, Vorsitzender des Ausschusses, nahm die Anregung auf, die Thematik Breitbandausbau in Halle auf eine der nächsten Ausschusssitzungen auf die Tagesordnung zu nehmen und zu versuchen, Herrn Struhkamp dazu einzuladen.

Herr Lange, sachkundiger Einwohner, gab den Hinweis, dass der Landkreis Mansfeld-Südharz die Machbarkeitsstudie schon in Auftrag gegeben habe und diese sich kurz vor der Fertigstellung befindet. Am 02.10.2014 werde es eine Berichterstattung dazu geben, um die Fördermöglichkeiten und die Möglichkeiten des Breitbandausbaus darzustellen. Er lud Vertreter der Stadt Halle (Saale) zu dieser Veranstaltung ein.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, sagte eine Teilnahme der Verwaltung zu. Danach könne das Thema noch einmal im Ausschuss besprochen werden.

Herr Häder bat die Verwaltung, die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage im System Session und als Anlage zum Protokoll bereitzustellen.

Herr Häder machte darauf aufmerksam, dass zuerst über die Mitteilungen diskutiert und dann die Beantwortung von mündlichen Anfragen erfolgen soll.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Konzept für die Gesamtstruktur der Wirtschaftsförderung der Stadt Halle (Saale)**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete, dass die Wirtschaftsförderung in der Stadt Halle mit der Metropolregion und auch mit dem Ansatz verbunden sei, den Star-Park in ein anderes Licht zu rücken und nach außen verstärkte Werbung dafür zu machen. Dazu habe es organisationsrechtlich eine Umstellung gegeben und es bedarf der unterschiedlichen Partner. Diese ergeben sich aus der Ansiedlungs GmbH und die darauffolgende Abstimmung innerhalb der Stadtverwaltung.

Die Grundstruktur der Überlegung besteht darin, dass man sehr schnell agieren muss, um innerhalb einer Woche in der Lage zu sein, ein Grundstück zu verkaufen und dem Investor das Bestehen der Baufreiheit zu signalisieren.

Die auf dem Markt bestehende Schnelligkeit diesbezüglich verlange auch entsprechende organisationsrechtliche Veränderungen. Es müssen optimale Leistungen angeboten werden, was mit professionellen Personen erfolge, die in diesen Bereichen tätig sind.

Aus diesem Grund hat der Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft (EVG) die Firma Rauschenbach und Kollegen um Unterstützung gebeten.

Weiterhin teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass man sich in der EVG vereinbart habe, eine erste Lesung im Hinblick auf die einzelnen Strukturen durchzuführen. Dabei sei man übereingekommen, die zweite Lesung am Donnerstag, nach der Stadtratssitzung durchzuführen, um so schnell wie möglich geschlossen aufzutreten, auch in Abstimmung mit den Mitgliedern des Aufsichtsrates der EVG.

Er wies weiter darauf hin, dass die einzelnen Prozesse, besonders wenn es um Grundstücksgeschäfte geht, immer komplexer und komplizierter werden und man sich dafür spezialisieren müsse. Momentan werden Erfahrungen bezüglich des Umgangs mit Verträgen gesammelt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erläuterte, dass er die organisationsrechtlichen Strukturen innerhalb der Verwaltung entsprechend anpassen werde, je nachdem, zu welchem Ergebnis der Aufsichtsrat der EVG komme.

Mit entsprechender Abstimmung wurde Herrn Rauschenbach das Rederecht erteilt, um Details und die einzelnen Untersuchungsergebnisse vorzutragen.

Herr Rauschenbach, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, machte darauf aufmerksam, dass das Auftragsverhältnis bezüglich der Gesellschaft EVG untersucht wurde und seine Ausführungen dazu nur im nicht öffentlichen Teil der Ausschusssitzung möglich seien.

zu 8.2 Vorschlag zur Stärkung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung

Herr Häder, Vorsitzender des Ausschusses, begründete den Vorschlag mit dem in einer der letzten Sitzungen des alten Ausschusses herangetragenen Interesse der Wirtschaftsjunioren an der stärkeren Einbeziehung in die Arbeit des Ausschusses. Er habe die Verwaltung um Prüfung von grundsätzlichen Möglichkeiten diesbezüglich gebeten.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, führte dazu aus, dass man im alten Wirtschaftsausschuss zum Beispiel bei den Wissenschaftseinrichtungen beschlossen habe, Vertretern der Universität bzw. der Leopoldina ständigen Gaststatus und Rederecht im Ausschuss zu geben.

Als weitere Variante sei es auch möglich, über sachkundige Einwohner über eine Fraktion ein Mitglied der Wirtschaftsjunioren in den Ausschuss einzubinden. Dies hätte den Vorteil, als sachkundiger Einwohner im öffentlichen und nicht öffentlichen Teil der Ausschusssitzung teilnehmen zu können. Als Gast mit Rederecht würde es nur den öffentlichen Teil betreffen.

Herr Aldag, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte darauf aufmerksam, dass mit der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung und Aussiedlung in die EVG, der Ausschuss keinen Einfluss in diesem Bereich mehr habe. Aus diesem Grund halte er die Einbindung der Fachleute für wenig sinnvoll.

Herr Beigeordneter Neumann machte darauf aufmerksam, dass die Wirtschaftsförderung zu 90 % aus Bestandspflege und zu 10 % aus Ansiedlungen besteht und die lokale Wirtschaft ein wesentlicher Bestandteil der Aufgabe der Wirtschaftsförderung sei.

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, wies darauf hin, dass es sinnvoll sei, in den Fraktionen die weitere Verfahrensweise, auch in Bezug auf die Diskussion zur Hauptsatzung, zu besprechen.

Im Verlauf der Diskussion sprachen sich die Ausschussmitglieder für eine Diskussion in den Fraktionen aus.

Herr Häder informierte darüber, dass es schon einmal einen Beschluss dazu gab, ein Expertengremium aus Vertretern von wissenschaftlichen Einrichtungen einzubeziehen, welches dem Ausschuss im Bedarfsfall mit Sachkunde zur Verfügung zu stehen.

Frau Dr. Sachse, amt. Fachbereichsleiterin Wissenschaft, führte dazu aus, dass damals ein großes Interesse der Vertreter von wissenschaftlichen Einrichtungen bestand, diese aber nicht als sachkundige Einwohner agieren und nur teilweise einbezogen werden wollten.

Abschließend bat **Herr Häder** darum, das Anliegen des Ausschusses in den Fraktionen vorzubringen und darüber zu beraten.

zu 7 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Imagefilm der Stadt

Herr Peinhardt fragte nach, von wem der Imagefilm für Halle gedreht werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Herr Dieringer, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum TOP 8.1

In Bezug auf den Tagesordnungspunkt 8.1 merkte **Herr Dieringer** an, dass dabei auf ein Konzept der Gesamtstruktur Wirtschaftsförderung verwiesen werde, in der Diskussion dazu aber nur über einen Vortrag von der Arbeit der EVG gesprochen wurde. Er fragte nach, ob es weitere Ausführungen zur Gesamtstruktur geben wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte noch einmal deutlich, dass die Struktur innerhalb der Verwaltung dann abgebildet wird, wenn man sich über die EVG-Struktur verständigt habe.

zu 9 Anregungen

Es lagen keine Anregungen vor.

Herr Häder, Vorsitzender des Ausschusses, beendete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

Wolfram Neumann
Beigeordneter

Denis Häder
Ausschussvorsitzender

Yvonne Merker
Protokollführerin